Regierungsratsbeschluss vom 28. Juni 2016

Schriftliche Anfrage Andreas Ungricht betreffend zu hoher Quote von Sozialhilfebezügern, welche zwischen 18 und 25 Jahre alt sind **P165160**

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung
Die berufliche Integration der jungen Erwachsenen ist ein zentrales Anliegen. Der Regierungsrat setzte 2005 eine interdepartementale Strategiegruppe zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ein. Die erarbeiteten Massnahmen sind wirksam, die Sozialhilfequote der jungen Erwachsenen zwischen 18-25 Jahren ist in den letzten Jahren gesunken. Eine vom Amt für Wirtschaft und Arbeit in Auftrag gegebene Studie ergab, dass im Jahr 2011 rund 4.5% der Lehrstellen in Basel-Stadt von Jugendlichen aus dem Ausland besetzt waren. Mehr Gewicht hat die Konkurrenz aus dem Umland: 2011 waren rund zwei Drittel aller Lehrstellen von Jugendlichen aus anderen Kantonen besetzt, insbesondere aus Basel-Land (41%). Die Wiedereinführung eines Inländervorrangs würde den Weiterbestand des Abkommens über die Personenfreizügigkeit mit der EU gefährden. Basel-Stadt wäre wirtschaftlich von den negativen Folgen besonders betroffen. Das Angebot an verfügbaren Arbeitsplätzen - auch für junge Schweizer Arbeitssuchende - würde insgesamt sinken.

STAATS-KANZLEI BASEL-STADT